

MULTILATERAL

ARBEIT

Alle mit am Tisch:

Internationalen Handel gemeinsam regeln

Die globale Handelspolitik kann die Welt gerechter machen – wenn alle gemeinsam entscheiden und verbindlichen Regeln folgen. Damit nicht das Recht des Stärkeren regiert, braucht es eine starke Welthandelsorganisation (WTO): Sie überwacht die geltenden Regeln und schlichtet Streitigkeiten. Und sie verhandelt neue Regeln im Kreise aller Staaten. Solange es aber nicht gelingt, einen Konsens zwischen allen herzustellen, sehen wir eine Übergangslösung: Abkommen zwischen einer begrenzten Gruppe von Ländern. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass auch arme Länder an den Verhandlungen beteiligt werden, damit sich die Reichen nicht ihre eigenen Regeln schreiben.

Fair statt ausbeuterisch:

Für gute Arbeit hier und weltweit

Arbeit muss sicher sein, fair bezahlt werden und darf die Gesundheit nicht gefährden. Dafür hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Standards entwickelt, die weltweit anerkannt sind. Wir wollen, dass Handelspartner diesen Standards explizit zustimmen und sie auch umsetzen. Sonst gibt es keinen Vertrag. Wichtig ist auch, dass Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die Umsetzung der Vertragsinhalte überwachen können. Dazu gehört: die Möglichkeit gegen die Verletzung vereinbarter Standards zu klagen; finanzielle Entschädigung für Opfer von Arbeitsrechtsverletzungen bereitzustellen; sowie Entwicklungsländer bei der Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Handelspolitik sozialdemokratisch gestalten

Ob als Verbraucher im Supermarkt, Zulieferbetrieb im Welthandel oder Arbeitnehmerin in einem global aufgestellten Unternehmen: Handelspolitik berührt den Alltag aller Menschen – in Deutschland und weltweit. Bislang wird Handelspolitik daran ausgerichtet, Waren und Dienstleistungen möglichst billig und schnell zu produzieren und von A nach B zu transportieren, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit fallen häufig zugunsten von Profitinteressen unter den Tisch und Länder unterbieten sich gegenseitig in einem Wettbewerb um die günstigsten Produktionsbedingungen.

Eine sozialdemokratische Handelspolitik kann dies korrigieren. Eine Handelspolitik, die das Wohl der Menschen hier und weltweit in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt. Mit klaren Regeln in der Handelspolitik können wir Wohlstand global gerecht verteilen. Das bedeutet für uns, dass in Europa verkaufte Waren unter fairen Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards produziert werden. Zugleich muss Handelspolitik dazu beitragen, dass die Entwicklungschancen ärmerer Länder verbessert werden. Eine Handelspolitik, die Vertrauen wieder aufbaut, Rechtsstaatlichkeit stärkt und Gerechtigkeit durchsetzt, muss demokratischer und transparenter sein als bisher.

<https://www.fes.de/lnk/handel>

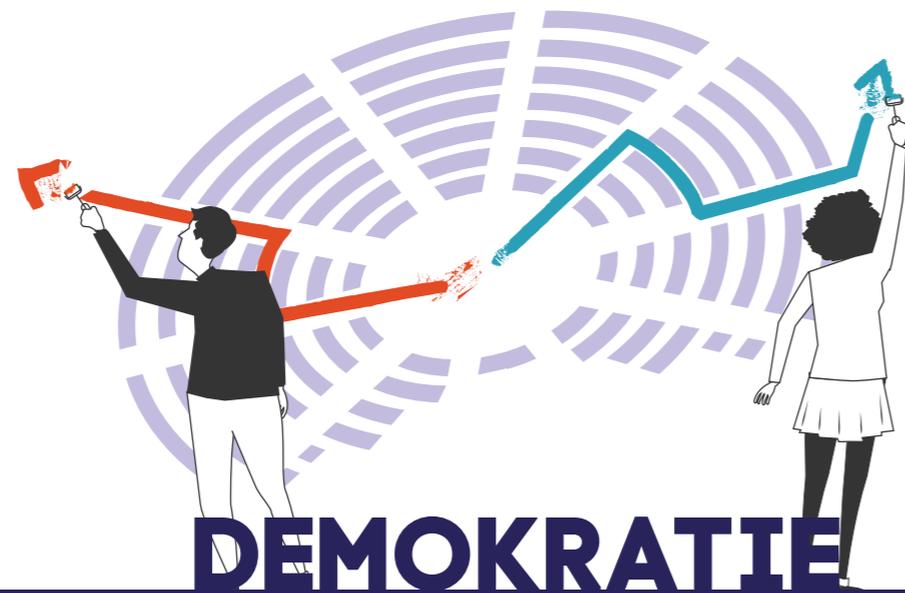
IMPRESSUM

© 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung
 Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin
 Internationale Entwicklungszusammenarbeit
 Globale Politik und Entwicklung
 Redaktion: C. Schläger, A. Geiger, G. Weichardt
 Gestaltung: edeos digital education
 printed in Germany

DER MENSCH IN DEN MITTELPUNKT
 Handelspolitik sozialdemokratisch gestalten



DER MENSCH IN DEN MITTELPUNKT



DEMOKRATIE

Parlament statt Hinterzimmer:
Für eine transparente und demokratische Handelspolitik

Nur eine demokratisch legitimierte und kontrollierte, transparente Handelspolitik kann das Gemeinwohl ins Zentrum rücken und uns allen zeigen: Es geht nicht um Lobbyinteressen. Das Europäische Parlament muss mitreden können – und zwar von Anfang an, wenn die EU mit einem Handelspartner festlegt, welche Inhalte in einen neuen Vertrag aufgenommen werden sollen. Außerdem müssen die EU-Abgeordneten während der Verhandlungen alle Dokumente einsehen können. So werden die Verhandlungen aus den Hinterzimmern herausgeholt und dorthin gebracht, wo sie hingehören: ins EU-Parlament.



EUROPA

Gemeinsam stark:
Mit Europa Handel global gestalten

Deutschland hat mit den anderen EU-Mitgliedstaaten entschieden, dass Handelspolitik in der Verantwortung der Europäischen Union liegen soll. Das ist richtig. Denn nur gemeinsam haben wir eine starke Stimme in der Welt. Dabei ist wichtig, dass die EU keine reine Wirtschaftsgemeinschaft bleibt, sondern sich zu einer politischen und vor allem sozialen Union entwickelt. Innerhalb Europas heißt das, dass zum Beispiel Verbraucherschutzstandards oder strenge Regeln beim Gesundheitsschutz nicht durch Handelsverträge gefährdet werden dürfen. Und außerhalb Europas machen wir Werte wie Menschenrechte, Umweltschutz und gute Arbeitsbedingungen ebenfalls zum Maßstab unseres Handelns.



UMWELT

Lebensgrundlagen sichern statt zerstören:
Für eine nachhaltige Zukunft

Eine nachhaltige Handelspolitik schützt die Umwelt und erhält somit auch zukünftig unsere Lebensgrundlagen. Das Gegenteil ist bislang der Fall: Handelsverträge schenken dem Schutz der Umwelt viel zu wenig Aufmerksamkeit. Um dies zu ändern, ist es notwendig, dass bereits vor den konkreten Vertragsverhandlungen die Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden. Denn nur so können wir mögliche negative Folgen von vornherein verhindern. Außerdem sollen nur Produkte und Dienstleistungen auf den europäischen Markt gelangen, die unter Einhaltung sozialer und ökologischer Standards hergestellt wurden.



RECHTSSTAAT

Rechtsstaat statt private Schiedsgerichte:
Gemeinwohl vor Profitinteressen schützen

Der internationale Investitionsschutz räumt Unternehmen viel zu weitreichende und einseitige Privilegien ein. Es ist dringend geboten, ihn zu reformieren. Investoren sollen nicht mehr gegen gesetzliche Erhöhungen von sozialen und ökologischen Standards klagen können. Denn Staaten dürfen in ihrem Recht, politisch gestalten zu können, nicht eingeschränkt werden. Außerdem wollen wir öffentliche Dienstleistungen und Kulturmärkte grundsätzlich vor Klagen schützen. Unternehmen müssen dazu verbindlich verpflichtet werden, nationale Gesetze wie Steuer- oder Transparenzgesetze zu achten. Der Rechtsstaat hat Vorrang vor Profit.